

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Nettolohn RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 70

Mittwoch, den 24. März 1926

78. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinzen

Bareinlagen

zu günstigen Sätzen

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Pulsnitzer Bank

e. G. m. b. H.

Pulsnitz und Ohorn

Amtlicher Teil.

Die unter dem Klauenviehbestande des

1. Gutsbesizers **Erwin Böhme** in **Oberlichtenau Nr. 109** und
2. **Rittergutes Reichenau**

ausgebrochene **Maul- und Klauenseuche** ist erloschen.

Die Bekanntmachungen vom 10. und 22. Februar 1926 werden hiermit aufgehoben.
Amtshauptmannschaft Kamenz, am 22. März 1926.

In dem Kleinviehbestande des **Emil Großmann**, **Lichtenberg Nr. 105** ist die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen.

Sperrebezirk: Das Seuchengehöft.

Als Beobachtungsgebiet gilt der Ortsteil in Lichtenberg, der begrenzt wird

von dem Wege, der von der Dorfstraße nach dem Gehöft Nr. 111 führt, und demjenigen, der nach Gehöft Nr. 102 führt; weiter durch die Dorfstraße.

Die für diese Fälle erlassenen Bestimmungen sind genauestens zu beobachten.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 24. März 1926.

Bekanntmachung.

Die Straße von **Weißbach nach Oberlichtenau** wird wegen Neubeschotterung **ab Montag, den 29. März 1926**

für sämtlichen Verkehr bis zur Fertigstellung **gesperrt.**

Weißbach b. Pulsnitz, 24. 3. 1926.

Der Gemeinderat.

Das Wichtigste

Der Vorkonferenzrat des Reichstages beschloß, die Plenarverhandlungen bis zum 30. oder 31. März auszudehnen.
Am Sonntag nachmittag 5 Uhr traf der Kreuzer „Berlin“ von seiner vierten Auslandsreise wieder im Kieler Hafen ein. Das herrliche Frühlingswetter hatte eine große Menschenmenge an der Holtenauer Schleuse versammelt, die der „Berlin“ einen freudigen Empfang bereite.
Die Marineleitung Hamburg teilt mit: Der Weltumsegler „Hamburg“, Kapitän Kirch, ist am Sonnabend wohlbehalten in Neapel angekommen. Das Schiff war infolge der schweren Stürme der letzten Wochen sechs Tage überfällig.
In der letzten Sitzung des Stadtrates von Apolda teilte der Oberbürgermeister Stegmann mit, daß die Stadt sich um Mitte des Jahres unter Geschäftsaufsicht stellen lassen müsse, wenn ein befriedigender Ausgleich sich bis dahin nicht erzielen läßt.

Der Reichstag ein Spiegel deutscher Zerrissenheit.

Die Reichstagsdebatte über Genf hat ein neues kräftiges Beispiel dafür gegeben, wie tief die Kluft zwischen den Parteien im deutschen Volke ist. Jede dringende Frage, mag sie auf innen- oder außenpolitischem Gebiete liegen, erregt die Gemüter des deutschen Volkes und treibt sie gegeneinander. Einigkeit ist längst ein leerer Begriff geworden, scheint nur noch eine Phrase zu sein ohne Inhalt und ohne Wert.

Unser Reichspräsident durchreiste in denselben Stunden, in denen im deutschen Parlament gestritten wurde, die deutschen Gauen am Rhein. Seltener Jubel, Freude, Stolz begrüßten ihn überall dort, wo er erschien. Dort sind die Grenzgaue des deutschen Westens, dort hat man erkannt, was es bedeutet, unter der Fremdherrschaft schmachten zu müssen. Die fremde Krone, die Gwalttherrschaft eines fremden Machthabers und Eindringlings waren den deutschen Brüdern am Rhein die dringendste Mahnung, in Einigkeit zusammenzukehen. Nur das Zusammenhalten und das Sichbeistehen hat diese Großtaten vollbracht, wie sie unsere deutschen Brüder in der jetzt befreiten und der noch befreiten rheinischen Zone bewiesen haben und noch täglich beweisen. Ein uneiniges Volk, ein Volk, das aus dem Kampfe im Innern nie herauskommt, wird auch nie die Freiheit erringen, die es erstrebt. Stets war in der Geschichte der Völker das Volk ein Spielball in der Hand der Machthaber, das innerlich zerrissen und von Parteihader geschwächt, sich nicht aufraffte, das eigene Ich und ein stolzes Selbstbewußtsein fremder Gewalt entgegenzustellen. Dieser einstimmige Jubelruf, der in diesen Tagen durch das Rheinland schallte und der sowohl dem Völker der deutschen Geschichte, unserem Reichspräsidenten, wie dem Gedanken der Befreiung galt, sollte weit über die

Mehrheit für die Regierung Luther

Das deutschnationale und kommunistische Mißtrauensvotum abgelehnt — Auch ein Zusatzantrag der Wirtschaftspartei verworfen — Der Reichspräsident ist nach Berlin zurückgekehrt
Regierungskrise wegen des Steuerkompromisses? — Senator Borah übt scharfe Kritik
Der Pariser Eindruck der Genfer Debatte im Reichstag

Die Abstimmung über Genf.

Deutscher Reichstag.

184. Sitzung, Dienstag, den 23. März 1926.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: der Reichskanzler und der Reichsaußenminister besitzen nicht das Vertrauen des Reichstages.“

Abg. Graf Reventlow (Völk.)

bedauert das geringe Interesse des Hauses an den großen außenpolitischen Fragen.

Der Redner bespricht die Vorgänge in Genf und fordert Zurückziehung des Aufnahmeforschusses für den Völkerbund.

Von dem Völkerbund gelte das Wort Heines: „O Hund, du Hund, du bist nicht gesund!“ Der Redner empfiehlt eine Verständigung mit Rußland. Er schließt mit den Worten: Für die Regierung gelte das abgewandelte Wort Goethes: Immer sich beugen, betriebfam sich zeigen, führet die Arme der Mehrheit herbei!

Ein Zwischenfall.

Es kommt dann zu einem erregten Zwischenfall. Da die Regierungsbänke immer noch völlig leer sind, beantragt Abg. v. Graefe (Völk.), die Sitzung auszusetzen, bis die derzeitige Regierung anwesend sei. Die Regierung sei wohl gewohnt, zu antihambrieren, aber das Haus müsse verlangen, daß auch die Diskussionsredner angehört werden.

Der Antrag auf Aussetzung der Sitzung wird gegen die Völkischen, die Deutschnationalen und die Kommunisten abgelehnt.

Unter großer Unruhe nimmt dann

Abg. Breitscheid (Soz.)

das Wort. Als er die einleitenden Sätze gesprochen hat, erscheinen Dr. Stresemann und Dr. Klitz im Sitzungssaal und werden von den Deutschnationalen und Völkischen mit stürmischem Hallo begrüßt, worauf die Regierungsparteien mit Händeklatschen antworten.

Die Sozialdemokraten, so erklärt Dr. Breitscheid, können die jetzige Außenpolitik im wesentlichen billigen, wenn sie der Regierung auch in vielen anderen Fragen in scharfer Opposition gegenüberstehen.

Vielen Deutschnationalen ist der Ausgang der Genfer Konferenz nur deshalb so unangenehm, weil er der Deutschnationalen Volkspartei die Möglichkeit genommen hat, in nächster Zeit wieder in die Regierung hineinzugehen. Der Völkerbund sei kein Ideal, sondern nur eine Brücke, um über die Gefahren der nächsten Zeit hinwegzukommen.

Großadmiral Tirpitz

wirft die Frage auf, ob die Politik des derzeitigen Reichskabinetts trotz des Genfer Zusammenbruchs in der beabsichtigten Form fortgeführt werden dürfe. Es liege in der Beantwortung eine Entscheidung für die Zukunft des Deutschtums überhaupt. Deshalb müsse die dringende Bitte an alle Parteien gerichtet werden, einmal den inneren Parteistandpunkt zurückzustellen und nur das große Gesamtinteresse Deutschlands gelten zu lassen, damit jeder einzelne Abgeordnete nach seiner subjektiven Auffassung stimmt.

Die in Locarno und Genf angewandten Methoden haben nicht zum Ergebnis geführt. Die Zurückziehung des Aufnahmeartrages ist um so notwendiger, als wir gar nicht übersehen können, was alles in der Welt bis zum September geschehen kann. Durch deutliches Abweichen von dem illoyalen Spiel in Genf werden wir auch der Verhinderung entgegenwirken können, die wir uns bei sonst wohlwollenden Neutralen dadurch zugezogen haben, daß wir uns unnötigerweise von Frankreich als Kardinell vor allem gegenüber Spanien und Brasilien haben gebrauchen lassen. Reichspräsident und deutsches Volk müssen von der fürchtbaren Verantwortung und der Bindung des Genfer Ergebnisses frei werden um der Zukunft derer willen, die nach uns kommen.

Reichskanzler Dr. Luther.

stellt fest, daß der Gedanke, Deutschland habe nicht mehr die Freiheit des Handels bezüglich des Eintritts in den Völkerbund, völlig irrig ist. Deutschland hat die Freiheit. Man mag über die Wege und Methoden von Locarno verschiedener Meinung sein. Heute ist Locarno durch den Beschluß der zuständigen deutschen Instanzen die Grundlage unserer Politik geworden.

So sehr ich der Ansicht bin, daß wir von den Dingen, die Locarno bringen soll, noch vielerlei vermissen, so kann doch niemand behaupten, Locarno sei wirkungslos gewesen. Es ist selbstverständlich, daß wir jetzt den Plan des Eintritts in den Völkerbund nicht fallen lassen können,



deutlich, daß die Wirtschaftspartei großes Vertrauen der Kreise des Mittelstandes genießt.

(Neubezug der Gewässer.) Die Teiche und Fließgewässer müssen zurzeit eine Besetzung erfahren, wozu eine Reihe von besonderen Regeln für die Fischereiereisenden zu beachten ist.

(Eternratswahlen.) Wie aus Dresden gemeldet wird, ist laut Verordnung des Volksbildungsministeriums in Orten, in denen Eternräte gebildet worden sind, deren Wahl spätestens bis zum Beginn der Pfingstferien durchzuführen.

(Der Hansabund für Herabsetzung der Fernspreckgebühren.) Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie hat sich in einer Eingabe an den Reichstag erneut für die Herabsetzung der Fernspreckgebühren auf 5 Pfg. je Gespräch eingesetzt.

(Die Begründungsschrift des Landesverbandes Sachsen der deutschnationalen Volkspartei, betreffend den Ausschluß des Herrn Rechtsanwält Kohnmann aus dieser Partei, ist von Herrn Rechtsanwalt Kohnmann dem vom Landesauschuß des Verbandes der Sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine am 14. 3. 1926 in Kobowitz eingereichten Prüfungsausschuß auf dessen ausdrückliches Verlangen vorgelegt worden.)

Bei all der seitens der Dresdner Deutschnationalen Parteileitung erhobenen Vorwürfe handelt es sich um persönliche und politische Streitigkeiten zwischen Herrn Rechtsanwalt Kohnmann und dieser Parteileitung, die zum Teil Jahre zurückliegen.

(Bedeutung der Einkommensteuererklärungen für die künftigen Vorauszahlungen.) Gegenwärtig sind die Steuererklärungen über das Einkommen des Jahres 1925 abzugeben. Hierzu ist nicht nur verpflichtet, wer bisher keine Vorauszahlungen nach dem Umsatz oder nach dem Vermögen oder nach dem sich aus einer Zwischenbilanz ergebenden mutmaßlichen Gewinne entrichtet hat, also die Gewerbetreibenden, sondern auch wer die Vorauszahlungen nach den Ueberschüssen der Einnahmen über Werbungskosten entrichtet hatte, also die freien Berufe, größeren Gehaltsempfänger, Hausbesitzer und dergleichen.

(Arnsdorf. (Unterhaltungsamend) Die Volksspielgemeinschaft Dorn bereitet am Sonntag, den 21. März, den Anlassen der hiesigen Landesanstalt einen in allen seinen Teilen wohlgelungenen Unterhaltungsabend, welcher diesmal einen durchweg heiteren Charakter trug.

leiter, Herr Kofner, richtete herzliche, beifällig aufgenommene Worte der Begrüßung an die zahlreich Erschienenen, worauf das Zaktige, wahre Nachsalben erregende Lustspiel „Touristen-Glück“ von Hermann Weise von Mitgliedern der V. R. S. Dorn flott und mit Bravour gespielt zur Aufführung gelangte.

(Baugen. (Die trüben wirtschaftlichen Verhältnisse spiegeln sich deutlich in der Zahl der Konkurse in der Oberlausitz wieder. Im verflossenen Jahre sind nicht weniger als 213 Konkursanträge gestellt worden, davon haben 124 zur Eröffnung des Konkursverfahrens geführt.)

(Dresden (Mietzinssteuer.) Der dem Landtag vorliegende Gesetzesentwurf über Neuregelung der Mietzinssteuer hat gestern zum zweiten Male den Rechtsauschuß beschäftigt.

(Riesa. (Zu dem schweren Eisenbahn-Unfall bei Wülknitz) ist noch zu berichten, daß der schuldige Stellwerksbedienter von der Staatsanwaltschaft verhaftet worden ist.

Der Reichspräsident nach Berlin zurückgekehrt.

Der Aufenthalt in Krefeld.

Am 23. In Krefeld zeigte sich beim Empfang des Reichspräsidenten gleichfalls dieselbe einmütige Anteilnahme, derselbe Jubel der ganzen Bevölkerung, derselbe Flagen- und Blumensturm.

Darauf ergriff Reichsarbeitsminister Brauns das Wort. Er wies zunächst auf die großen Leiden des besetzten Gebietes hin, unter denen namentlich auch Krefeld besonders schwer gelitten habe, und überbrachte den Dank der Reichs- und Staatsregierung für alle die Opfer, die die Stadt Krefeld während der Besetzung gebracht habe.

Es ist mir Herzensbedürfnis, allen Bürgern und Bürgerinnen aus Stadt und Land, die mir auf der Fahrt ins Rheinland einen so schönen Empfang bereitet haben, ausdrücklich zu danken.

Die wiedergewonnene Freiheit wird dazu beitragen, die wirtschaftlichen Nöte und Sorgen zu lindern. Zahlreich sind die Aufgaben, die noch zu lösen sind. Aber mit dem Geiste freundigen Arbeitswillens und unermüdbarer Tatkraft, die

immer in den deutschen Städten zu den ersten Bürger-tugenden gehört haben, werden sie das Ziel erreichen und nach diesem schweren Abschnitt der Vergangenheit die Bahn freimachen für eine schönere und glücklichere Zukunft ihres Gemeinwesens.

Nach der Feier in der Stadthalle nahm der Reichspräsident an dem ihm zu Ehren im Hotel „Krefelder Hof“ veranstalteten Abendessen teil. Spät am Abend fuhr der Reichspräsident nach Berlin zurück, wo er am Dienstag früh wieder eintraf.

Das Steuerkompromiß.

Berlin. Der Steuerauschuß des Reichstages trat in die Besprechung des neuen Kompromißvorschlages der Regierungsparteien ein.

Abgeordneter Dr. Herz (Soz.) lehnte die neuen Vorschläge ab. Auch der nächste Redner, der Abgeordnete Dr. Freyer (Dnat.), erhob die stärksten Bedenken.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erklärte, daß für die Einbringung der Regierungsvorlage der Gesichtspunkt entscheidend war, wie man so schnell wie möglich aus der Wirtschaftskrise herauskommen könnte.

Für die Regierung ist es selbstverständlich, daß das Steuermilderungsprogramm ein einheitliches Ganzes ist. Es könne nicht ein einzelnes Stück herausgehoben und dadurch die ganze Tendenz der Regierung sabotiert werden.

Regierungskrise wegen des Steuerkompromisses?

Berlin. Viel ernster als die außenpolitische Debatte wird im Reichstag nach wie vor die Krisis beurteilt, die sich in den Verhandlungen über das Steuerkompromiß der Regierungsparteien entwickelt hat.

Bei den Regierungsparteien hofft man deshalb eher auf eine Unterstützung durch die Sozialdemokratie, als durch die Deutschnationalen. Man hofft, daß die Sozialdemokratie im äußersten Falle im Plenum ihre Änderungsanträge gegenüber dem Kompromiß der Regierungsparteien zunächst aufrecht erhalten, dann aber, wenn sie abgelehnt sind, sich dem Kompromiß der Regierungsparteien anschließen wird.

Industrievertreter und Gewerkschaftsführer

Berlin, 24. März. Wie die „Germania“ mitteilt, fanden am Dienstag Besprechungen zwischen führenden Persönlichkeiten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und Führern der freien, der christlichen Gewerkschaften, sowie des Gewerkschaftsrings statt.

Aus der Geschäftswelt.

Zum Schulanfang möchten wir nicht verüben, die verehrten Leser auf eine praktische Spezialität hinzuweisen, die nicht nur der Schulpflichtigen, sondern auch den Müttern Freude bereitet.

Beilage. Der Gesamtauflage unseres Blattes ist ein Prospekt der orientalischen Tabak- und Cigaretten-Fabrik „Yenidze“, Dresden-A., beigegeben, welcher der Beachtung empfohlen sei.



